

Pressemitteilung

Philologenverband Baden-Württemberg
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien



9. September 2013
Az. 1811 / 2013 – 22

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) zu G9-Angebot und Plänen für die Lehrerbildung:

- **PhV BW bedauert die Entscheidung der SPD unter dem Druck der GRÜNEN gegen weitere G9-Modellschulen in dieser Legislaturperiode**
- **PhV BW fordert für die Ausbildung gymnasialer Lehrkräfte die Beibehaltung des Staatsexamens mit einem Vollstudium zweier oder dreier Fächer an einer Universität, Musik- oder Kunsthochschule**

Mit Beginn des neuen Schuljahres geht die zweite Tranche der G9-Versuchsschulen an den Start. Der PhV-BW bedauert außerordentlich, dass die SPD im Koalitionsstreit mit den Grünen nachgegeben hat und somit bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 2016 keine weiteren G9-Gymnasien zugelassen werden sollen. Die flächendeckende, für alle Gymnasiasten verbindliche Einführung von G8 wird vom Gymnasiallehrerverband wie auch von vielen Eltern, Lehrern und Schülern als Fehler angesehen. Der Trend geht daher in einigen Bundesländern wieder zum neunjährigen Gymnasium. In Baden-Württemberg haben sich die Eltern bei den 44 Gymnasien, bei denen es möglich war, mehrheitlich für G9-Züge entschieden, einige Gymnasien haben komplett auf G9 umgestellt. Es passt nach Meinung des Philologenverbandes nicht zu der ansonsten von den Grünen propagierten „Politik des Gehörtwerdens“, dies alles zu ignorieren. Erklärbar ist es für den PhV BW nur mit der Aussage von Kultusminister Stoch gegenüber der Badischen Zeitung, man könne das G9-Gymnasium als natürlichen Feind der Gemeinschaftsschule bezeichnen, die bekanntlich das erklärte Lieblingsprojekt der grün-roten Bildungspolitik ist.

Bei den Planungen für eine Umstellung der Lehrerbildung steht eine Entscheidung der grün-roten Landesregierung noch aus. Die Positionierung der SPD-Fraktion ist jetzt zu Beginn des neuen Schuljahres zu erwarten, während die Fraktion der GRÜNEN schon vor den Sommerferien ihre Eckpunkte zur Lehrerbildung bekannt gegeben hat. Der PhV BW wendet sich entschieden gegen die Vorstellungen der GRÜNEN, für die eine

Pressemitteilung

Philologenverband Baden-Württemberg
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien



Umstellung auf Bachelor und Master „unabdingbar“ ist. Laut Beschluss der GRÜNEN soll es künftig nur spezifische Lehramtsprofilierungen für die Bereiche Grundschule, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II und Sonderpädagogik geben.

Entgegen den Beteuerungen der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden Sitzmann sieht der Philologenverband Baden-Württemberg eine entscheidende Minderung von Qualität und Fachlichkeit als Konsequenz einer solchen Reform der Lehrerbildung. Für den PhV BW ist der gymnasiale Bildungsgang eine Einheit von Klasse 5 bis zum Abitur: Nur wenn im Hinblick auf diesen Abschluss schon von der Unterstufe an der Unterricht in hoher Qualität gehalten wird, kann das Niveau des Abiturs und sein Wert als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung zu halten sein. Die Ausbildung der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer muss diesem Gedanken auch künftig Rechnung tragen und daher als Einheit mit einem wissenschaftlichen Vollstudium und abschließendem Staatsexamen konzipiert sein.

Der PhV BW fordert die SPD-Fraktion auf, sich diesen GRÜNEN-Plänen zu widersetzen, und sich mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Schmiedel dem „Gebot der Vernunft“ gehorchend, wie er selbst es ausdrückte, für eine eigenständige gymnasiale Lehrerausbildung einzusetzen. Der Philologenverband BW wird sich mit aller Macht und mit Unterstützung von Eltern und Lehrkräften für den Erhalt des Gymnasiums, des eigenständigen gymnasialen Bildungsplans und auch für die eigenständige gymnasiale Lehrerausbildung einsetzen.

* * *

An den Gymnasien des Landes Baden-Württemberg werden über 300.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Philologenverband Baden-Württemberg e.V. (PhV BW) vertritt über 8.000 im Verband organisierte Lehrerinnen und Lehrer an den 446 öffentlichen und privaten Gymnasien des Landes.

Im gymnasialen Bereich hat der Philologenverband BW sowohl im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium als auch in allen vier Bezirkspersonalräten bei den Regierungspräsidien die Mehrheit und setzt sich dort für die Interessen der rund 27.000 Lehrkräfte an den Gymnasien des Landes ein.